

Leserbrief auf das Interview „Das sind wir den Bürgern schuldig“ im SZ-Landkreisteil von Samstag, den 20.04.2013

Ehrliche Aufklärung und Information

„Das sind wir den Bürgern schuldig“, in der Tat. Um die sogenannte „gerechte“ Verteilung der Asylbewerber ist es bei der BIPO-Aktion nie gegangen, das hat das SZ-Interview mit ihrer Sprecherin gezeigt. Plötzlich ist nur noch eine Überplanung des Geländes wichtig. Man versucht nun geschickt, gar nicht mehr von den Menschen zu reden, um die es hier geht. Wäre dies jemals der Fall gewesen, hätten die Ottobrunner BIPO-Mitglieder schon vor Jahren aktiv werden müssen, als es zu den Sammelunterkünften in Höhenkirchen und ihrem eigenen Ort gekommen war. Vermutlich wussten sie nicht einmal von ihrer Existenz. Warum sich dann jetzt scheinheilig „für“ Putzbrunn einsetzen?

„Dezentral“ ist schon lange nicht mehr das Zauberwort für die Lösung unliebsamer Probleme. Dezentral bedeutet leider allzu oft „Abgeschoben ins Niemandsland“ ohne genügend Betreuung und Hilfe. Die Erfahrungen in Höhenkirchen und Ottobrunn zeigen, dass Gruppenunterkünfte den Helfern die Koordination und den Menschen die Integration erleichtern und ihnen ein wenig Heimat unter ihresgleichen geben können. Davon haben sich unsere Gemeinderäte persönlich überzeugt.

Dass die Gemeinderäte aus fast allen Parteien nun in der Bauausschusssitzung mit 5:2 Stimmen für den Bauantrag des Landratsamtes gestimmt haben, zeugt von Kenntnis der Lage und Mut und verdient allerhöchsten Respekt. Sie haben sich vor Ort informiert, die Menschen in den Blick genommen und Wege aufgezeigt, die sowohl den Flüchtlingen als auch unseren Senioren entgegenkommen werden. Das ist Gerechtigkeit. Sie haben so gestimmt, nicht um einer PR-Spezialistin und ihrer Gruppe eins auszuwischen, nicht um nur auf Wählerfang zu gehen, wie man es Politikern oft genug vorwerfen könnte, und sie haben es auch nicht getan, weil sie die Menschen hinter den Unterschriften der BIPO-Aktion missachteten. Ganz im Gegenteil: Sie haben so gestimmt, weil sie sich für ein gutes Miteinander aller einsetzen wollen, für die Flüchtlinge, die unsere Hilfe brauchen **und** die Senioren, die in ihren Sorgen und Ängsten ernst genommen und begleitet werden. Die Tarndiskussionen der Gegner sind nur allzu durchschaubar. Die Mehrheit der Putzbrunner Bevölkerung hat keine Angst vor dieser Herausforderung, denn die meisten wissen genau, dass es hier schlicht und einfach um eine Tat der Nächstenliebe oder eines sozialen Gewissens gehen muss und nicht um irgendwelche juristische Spielchen aus Eigeninteresse. 9.000 € dürfen wir alle nun für diese Spielchen zahlen, denn so viel kostet uns ein Bürgerentscheid.

Irene Martius, Waldkolonie